



Aktueller Stand der Umsetzung des neuen Rettungsdienstgesetzes

110. Fortbildung des VKD
Neuhausen a. d. Fildern, 26.4.2010



Agenda

- Novellierte Fassung des Rettungsdienstgesetzes (RDG)
- Rahmenvereinbarung über die Mitwirkung [...] von Krankenhausärzten im Rettungsdienst
- Stand der Verhandlungen auf Landesebene
- Individuelle Verhandlungen

Ausgangslage



Nichteinhaltung doppelter Hilfsfrist in Mehrheit von Rettungsdienstbereichen (2008: 80%)

Auffanglösung gemäß Empfehlung des Landesausschusses für den Rettungsdienst „Notärztliche Versorgung“:
Verpflichtung von Krankenhäusern per Verwaltungsakt

Skizzierte Vorgehensweise hielt gerichtlicher Prüfung nicht stand

Novellierung des RDG



Anhörungsverfahren zum Entwurf eines Änderungsgesetzes (April 2009)

Umfangreiche gemeinsame Stellungnahme der BWKG mit den kommunalen Landesverbänden (BWKG-Rundschreiben 15/2009)

Anfang November durch Landtag beschlossen und am 19.11.2009 in Kraft getreten

Wesentliche Änderungen



1. Gesetzliche Grundlage zur Verpflichtung der Krankenhäusern per Verwaltungsakt
2. Streichung des Kriteriums der Leistungsfähigkeit
3. Erweiterung des Kostenausgleichsanspruch
4. Schiedsstellenfähigkeit
5. Beratende Mitgliedschaft in den Bereichsausschüssen

Verpflichtung per Verwaltungsakt



Schaffung der rechtlichen Grundlagen:

- Verantwortlichkeit des Bereichsausschusses für die notärztliche Versorgung
- Befugnis zur Erlassung von Verwaltungsakten
- keine aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage

Gesetzesbegründung: Ultima Ratio

Faktischer Sicherstellungsauftrag

Streichung des Leistungsfähigkeitskriteriums



Zuvor: Krankenhäuser, deren Versorgungsauftrag die Behandlung stationärer Notfälle umfasst

Nun ohne Einschränkungen:
Möglicherweise besondere Relevanz in ländlich strukturierten Gebieten!

tatsächliche Verfügbarkeit von Notärzten für Leistungsfähigkeit belanglos

Mitgliedschaft im Bereichsausschuss



Ausschließlich beratende Stimme

keine Beschränkung der Anzahl der Vertreter

Anspruch auf Kostenausgleich



Kostenausgleich grundsätzlich bereits in alter Fassung verankert

Explizite Nennung der Fort- und Weiterbildungskosten des notärztlichen Personals
(auch Erwerbs der Zusatzbezeichnung „Notfallmedizin“!)

Gesetzesbegründung: Vorhaltekosten

Schiedsstelle nach § 10 Abs. 4 RDG



Bildung jeweils durch die Regierungspräsidien für deren Bezirk

Einvernehmliche Benennung des Vorsitzenden durch die BWKG und die Landesverbände der Kostenträger

Besetzung:

- 3 Vertreter der Landesverbände der Kostenträger
- 1 Vertreter der BWKG
- 2 Vertreter des Krankenhausträgers

Rahmenvereinbarung (1)



„Rahmenvereinbarung über die Mitwirkung von der an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmenden Ärzten (Vertragsärzten) und Nichtvertragsärzten sowie von Krankenhausärzten im Rettungsdienst“

- Seit 01.01.1994
- Mehrseitiger Vertrag zwischen BWKG, Kostenträgern, Kassenärztlicher Vereinigung Baden-Württemberg, Landesärztekammer und den Rettungsdienstträgern
- Regelung von Eckpunkten der notärztlichen Versorgung
- „bewährte Praxis“ (Gesetzesbegründung)

Rahmenvereinbarung (2)



Bilaterale Vergütungsregelungen als Anlagen zur Rahmenvereinbarung

Beitritt der Krankenhäuser durch Erklärung gegenüber BWKG

Vergütungsgrundlage von über 85% der mit Krankenhausärzten besetzten Notarztstandorte

Rahmenvereinbarung (3)



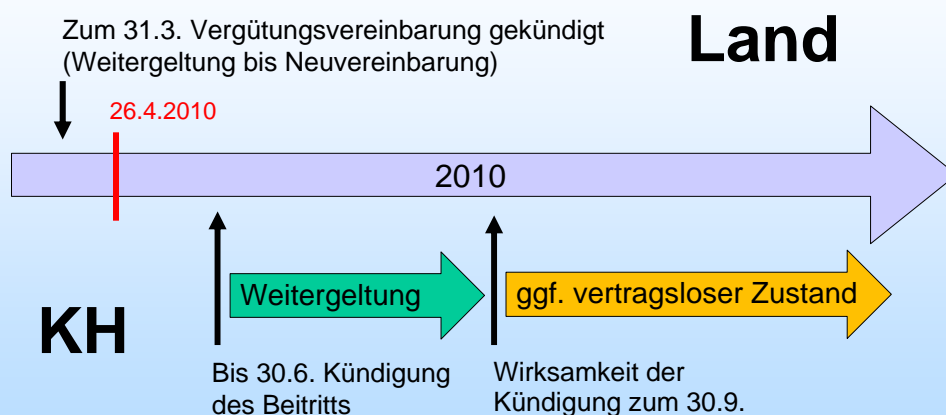
Letzte Anpassung der Vergütungsvereinbarung zum 01.06.2008:

- 400 Euro Vorhaltepauschale
- 60 Euro Einsatzpauschale ab dem 3. Einsatz

Kündigung durch BWKG mit Wirkung zum 31.03.2010

Weitergeltungsklausel (bis zum Abschluss einer Folgevereinbarung)

Kündigung des Beitritts



Stand der Verhandlungen auf Landesebene



BWKG: Grundlage Kostenkalkulation die insbesondere auf die Vorhaltekosten abstellt

Kostenträger: Bislang Festhalten an Fortschreibung der bisherigen Vergütungspauschalen

Weitere Gesprächsrunden sind für Mitte Mai vereinbart.

Noch nicht absehbar, wann und in welcher Struktur eine Folgevereinbarung abgeschlossen werden kann.

Vorstellungen des Ministeriums (1)



Anschreiben der BWKG

Zurückhaltung der Kostenträger bei individuellen Kostenausgleichsregelungen

Bitte um

- umgehende Einrichtung der Schiedsstellen sowie
- Koordinierung durch das Ministerium

Vorstellungen des Ministeriums (2)



Anspruch auf Kostenerstattung:
Verpflichtung der Kostenträger

Durchsetzung des Kostenanspruches:

1. Primäre Einbindung in die Rahmenvereinbarung
2. Ausnahmsweise zu führender Verhandlungen auf Ortsebene
3. Klärung unvereinbarer Sachverhalte in nur wenigen Musterverfahren vor Schiedsstelle

Individuelle Verhandlungen



Begleitung der Vorbereitungen und der Verhandlungen
durch BWKG-Geschäftsstelle

Austausch und Koordination aufgrund möglichen
„Musterverfahren“-Charakters von besondere
Wichtigkeit!



Danke für Ihre Aufmerksamkeit!